

Abstimmungsvorlagen

26. November 2006

- 3 Steuergesetz (StG)**
Änderung vom 22. August 2006

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Der Regierungsrat unterbreitet Ihnen zusammen mit dem
Grossen Rat die folgende Vorlage zur Abstimmung:

Inhaltsverzeichnis

3 Steuergesetz (StG)

Änderung vom 22. August 2006

Erläuterung des Regierungsrats	Seite	3
Abstimmungstext	Seite	13

Wünschen Sie mehr Informationen?

Weiterführende Informationen zu der Vorlage
finden Sie unter dem folgenden Link:

www.ag.ch/abstimmungsvorschau

Steuergesetz (StG)

Änderung vom 22. August 2006

Sehr geehrte Damen und Herren
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Der Grosse Rat des Kantons Aargau hat am 22. August 2006 die Änderung des Steuergesetzes mit 97 zu 36 Stimmen gutgeheissen. 130 Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben dagegen das Behördenreferendum gemäss § 62 Abs. 1 lit. b der Kantonsverfassung ergriffen. Dies wegen der grossen Bedeutung der Gesetzesänderung für die Entwicklung des Kantons Aargau.

Der Regierungsrat und die Mehrheit des Grossen Rats empfehlen Ihnen die Vorlage zur Annahme.

_____ Worum geht es?

Mit der ersten grösseren Änderung des seit 2001 geltenden Steuergesetzes werden 4 Ziele verfolgt:

- Stärkung des Standorts Aargau als Wirtschafts- und Wohnkanton
- Entlastung der Rentnerinnen und Rentner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sowie der erwerbstätigen Steuerpflichtigen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen
- Umsetzung von zwingendem neuem Bundesrecht
- Diverse Bereinigungen und Vereinfachungen

Gesamthaft werden über 50 Gesetzesbestimmungen geändert. Die Änderungen mit grösseren finanziellen Auswirkungen werden zwischen 2007 und 2010 in drei Etappen gestaffelt in Kraft gesetzt.

Stärkung des Standorts Aargau als Wirtschafts- und Wohnkanton

Der Kanton Aargau ist heute ein konkurrenzfähiger Wirtschafts- und ein attraktiver Wohnkanton. Damit dies so bleibt, und weil die Kantone in ständigem Wettbewerb zueinander stehen, überprüfen der Regierungsrat und der Grosse Rat regelmässig die Rahmenbedingungen und passen diese den Bedürfnissen der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Einwohnerinnen und Einwohner an.

Speziell trifft dies auf das Steuerwesen zu. Rund sechs Jahre nach der letzten Änderung des Steuergesetzes besteht jetzt Bedarf, die Attraktivität des Wirtschafts- und Wohnkantons Aargau mit verschiedenen steuerpolitischen Massnahmen weiter zu stärken.

Im Interesse aller

Wirtschaftliches Wachstum liegt im Interesse aller. Wenn die Unternehmen höhere Umsätze und Gewinne erzielen, können sie Investitionen tätigen und neue Arbeitsplätze schaffen. Davon profitiert unter anderem das lokale Gewerbe. Mit der Änderung des Steuergesetzes sollen die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter verbessert werden. Unser Ziel: Der Kanton Aargau weist in den kommenden Jahren eine der höchsten Wachstumsraten auf. Dies hilft den im Aargau ansässigen Firmen und schafft gleichzeitig Anreize für den Zuzug neuer Firmen – was sich wiederum positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Massnahmen:

- Halbierung der Kapitalsteuer der Unternehmen auf 1,25 %.
- Reduktion des zweistufigen Gewinnsteuertarifs der Unternehmen von heute 7%/11% auf 6%/9%. Neu können die ersten Fr. 150'000.– (bisher Fr. 100'000.–) des Gewinnes in der tieferen Tarifstufe versteuert werden.
- Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer. Bezahlt ein Unternehmen mindestens gleich viel Gewinnsteuern, wie es Kapitalsteuern bezahlen müsste, fällt die Kapitalsteuer ganz weg.
- Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung beim Einkommen. Bei einer Beteiligung von mindestens 10% an einem Unternehmen werden die Dividendenzahlungen nur noch zu 40 % des Steuersatzes des gesamten steuerbaren Einkommens besteuert. Der Kanton Aargau ist der erste Grosskanton, der diese Regelung einführt.
- Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung beim Vermögen. Der Vermögenssteuerwert von ausserbörslichen Beteiligungen an Unternehmen (insbesondere Familiengesellschaften) wird um 50 % (bisher 40 %) reduziert.

Entlastung von Rentnerinnen und Rentnern und Erwerbstätigen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen

Die Lohn- und Rentenentwicklung von Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen hat in den vergangenen Jahren nicht mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten Schritt gehalten. Der neue Abzug soll die angespannte Situation dieser Steuerpflichtigen entschärfen. Rentnerinnen und Rentner wie auch

Erwerbstätige mit einem steuerbaren Einkommen von weniger als Fr. 35'000.– können künftig einen zusätzlichen Steuerabzug geltend machen. Der Abzug bewegt sich je nach Höhe des Einkommens zwischen Fr. 1'000.– und Fr. 12'000.–. Rund 29% der Steuerpflichtigen kommen in den Genuss dieses Abzugs.

Für Rentnerinnen und Rentner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen stellt der Abzug zudem eine Kompensation für die Steuerfreibeträge dar, welche mit der Steuergesetzänderung 2001 weggefallen sind. Trotz der damals vorgenommenen allgemeinen Tarifsenkung mussten diese Steuerpflichtigen teilweise Mehrbelastungen hinnehmen.

Staffelung und Erhöhung des Kinderabzugs; Senkung des Einkommens- und Vermögenssteuertarifs

Ältere Kinder in Ausbildung verursachen höhere Kosten als Kinder im Volksschulalter. Deshalb wird der Kinderabzug neu gegliedert und nach Alter gestaffelt. Bis zum vollendeten 14. Altersjahr beträgt er weiterhin Fr. 6'400.–, für Kinder zwischen dem 15. und dem vollendeten 18. Altersjahr neu Fr. 8'000.– und für volljährige Kinder in Ausbildung Fr. 9'500.–. Mit der neuen Regelung werden Familien mit Kindern in Ausbildung bereits ab 2007 spürbar entlastet.

Tiefere Einkommens- und Vermögenssteuern ab 2010

Auf 2010 wird der Einkommenssteuertarif ab einem steuerbaren Einkommen von Fr. 43'000.– (Tarif für Alleinstehende) respektive Fr. 86'000.– (Tarif für Verheiratete) reduziert. Zudem wird der Vermögenssteuertarif bei allen Tarifstufen gesenkt. Die steuerbaren Einkommen unter Fr. 35'000.– werden, wie bereits erläutert, mit dem neuen Abzug für Rentnerinnen und Rentner und Erwerbstätige in bescheidenen finanziellen Verhältnissen entlastet.

Die Senkung der Steuertarife wird an Stelle des Ausgleichs der kalten Progression vorgenommen. Mit dem Ausgleich der kalten Progression wird periodisch der teuerungsbefindliche Anstieg der Lohneinkommen der vergangenen Jahre korrigiert. Nach heutiger Beurteilung des Teuerungsverlaufs müsste der Ausgleich auch ohne die jetzige Gesetzesänderung voraussichtlich auf 2010 vorgenommen werden.

Von den Tarifierpassungen profitieren Steuerpflichtige mit tiefen und höheren Einkommen stärker als der untere Mittelstand. Der schwergewichtige Fokus auf die höheren Einkommen ist im Hinblick auf den Steuerwettbewerb sinnvoll, denn der Kanton Aargau nimmt im höheren Segment im interkantonalen Vergleich nur einen Platz im Mittelfeld ein. Trotz Entlastung bezahlt aber beispielsweise eine alleinstehende Person mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 200'000.– prozentual immer noch doppelt so viel Steuern – nämlich 8.93% (einfache 100%ige Steuer) des steuerbaren Einkommens – wie jemand mit einem steuerbaren Einkommen von Fr. 40'000.– – nämlich 4.49% des steuerbaren Einkommens. Bei den tieferen und mittleren Einkommen gehört der Aargau somit weiterhin zu den steuergünstigsten Kantonen.

Umsetzung von zwingendem neuen Bundesrecht

Verschiedene neue Bundeserlasse haben zu Änderungen des Bundesgesetzes über die Steuerharmonisierung geführt. Das Steuergesetz muss nun an das Steuerharmonisierungsgesetz angepasst werden.

Fusionsgesetz

Das Fusionsgesetz erleichtert die Umstrukturierung von Unternehmen. Viele Regelungen wendet der Kanton Aargau schon seit Jahren an. Neu können innerhalb eines Konzerns Betriebe,

qualifizierte Beteiligungen oder Gegenstände des betrieblichen Anlagevermögens übertragen werden, ohne dass dadurch Steuern anfallen.

Behindertengleichstellungsgesetz

Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz können Steuerpflichtige mit Behinderungen die behinderungsbedingten Kosten vollumfänglich von der Steuer abziehen. Bisher konnten behinderte Personen neben dem Krankheitskostenabzug, der allen Steuerpflichtigen zusteht, lediglich einen begrenzten Invalidenabzug beanspruchen. Die behinderungsbedingten Kosten werden an den Invalidenabzug angerechnet.

Partnerschaftsgesetz

Ab 2007 werden eingetragene Partnerschaften von gleichgeschlechtlichen Paaren rechtlich gleich behandelt wie Ehepaare. Für das Steuerrecht bedeutet dies unter anderem, dass eingetragene Partnerschaften gemeinsam zum Verheirateten-Tarif besteuert werden, dass sie solidarisch für die Gesamtsteuer haften und dass gegenseitige Schenkungen und Erbschaften steuerfrei sind.

Neues Stiftungsrecht

Das Stiftungsrecht wurde grundlegend revidiert. Von den Änderungen ist auch das Steuerwesen betroffen. Bereits heute können Geldzuwendungen an Institutionen, die eine gemeinnützige oder im öffentlichen Interesse liegende Tätigkeit ausüben, vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden. Neu ist auch der Gegenwert von Sachspenden von der Steuer abziehbar.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit umfasst auch eine steuerliche Massnahme: Für kleinere Anstellungsverhältnisse respektive Lohnzahlungen

wird ein vereinfachtes Abrechnungsverfahren eingeführt. Sind bestimmte Voraussetzungen erfüllt, können die Arbeitgebenden die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Angestellten in einem einfachen Verfahren abrechnen. Die Angestellten müssen solche Löhne nicht mehr selber deklarieren.

Umsetzung der Rechtsweggarantie

Eine neue Bestimmung der Bundesverfassung schreibt vor, dass jede Person bei allen Rechtsstreitigkeiten einen Anspruch auf eine gerichtliche Beurteilung hat. Im Steuerwesen ist dies bisher beim Steuererlasswesen nicht der Fall. Künftig entscheidet das Steuerrekursgericht als letzte Instanz über Steuererlassgesuche.

--- Bereinigungen und Vereinfachungen

Das neue Aargauer Steuergesetz ist seit 2001 in Kraft. Seither hat sich auf Grund von Gerichtsentscheiden, Beschlüssen des Grossen Rats oder aus praktischen Vollzugserfahrungen gezeigt, dass bei rund 20 Gesetzesbestimmungen Änderungen vorgenommen werden sollten. Diese Bereinigungen und Vereinfachungen werden nun umgesetzt.

--- Finanzielle Auswirkungen beim Kanton und den Gemeinden

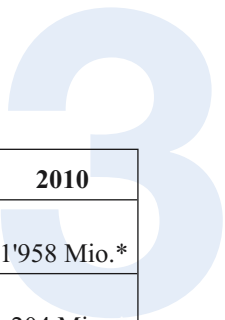
Das Volkseinkommen hat im Durchschnitt der letzten Jahre zugenommen. Dies bedeutet, dass Kanton und Gemeinden jedes Jahr mehr Steuern als im Vorjahr einnehmen konnten. Es ist somit gerechtfertigt und richtig, dass die Steuerpflichtigen mit der vorliegenden Gesetzesänderung einen Teil des Steuerwachstums zurückerhalten. Mit dieser Massnahme wird die Steuerquote in den nächsten Jahren gesenkt.

Allerdings muss gleichzeitig berücksichtigt werden, dass mit dem wachsenden Volkseinkommen zwangsläufig auch die Ausgaben der öffentlichen Hand (zum Beispiel für Bildung, Verkehr oder soziale Sicherheit) zugenommen haben. Ein Teil der Mehrerträge wird somit direkt für die Aufgabenerfüllung und Leistungserbringung verwendet.

Für Kanton und Gemeinden verkraftbar – dank Etappierung und Einbezug des Ausgleichs der kalten Progression

Die Steuerausfälle sind für den Kanton und die Gemeinden verkraftbar, da sie gestaffelt zum Tragen kommen (siehe Tabelle). Gleichzeitig stellt die Vorlage sicher, dass der Kanton und die Gemeinden ihre Aufgaben mit den verbleibenden Steuereinnahmen bei weiterhin effizientem und sparsamem Handeln erfüllen können. Die Gemeinden sind allerdings aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslagen und Strukturen unterschiedlich betroffen.

Zu beachten ist auch, dass mit den Tarifiereduktionen, wie bereits erwähnt, der voraussichtlich 2010 fällige Ausgleich der kalten Progression abgegolten ist. Dieser Ausgleich würde sonst Steuermindererträge von je rund Fr. 80 Mio. beim Kanton und den Gemeinden bewirken.



Die zu erwartenden Mindererträge für den Kanton

	2007	2009	2010
Steuereinnahmen ohne Gesetzesänderung	1'754 Mio.	1'879 Mio.	1'958 Mio.*
Mindererträge durch Gesetzesänderung	76 Mio.	134 Mio.	204 Mio.

Die zu erwartenden Mindererträge für alle Gemeinden zusammen

	2007	2009	2010
Steuereinnahmen ohne Gesetzesänderung	1'558 Mio.	1'663 Mio.	1'731 Mio.*
Mindererträge durch Gesetzesänderung	59 Mio.	84 Mio.	153 Mio.

* ohne Ausgleich der kalten Progression, wie er im Umfange von je rund Fr. 80 Mio. auch ohne Gesetzesänderung vorgenommen werden müsste

Mit dem angestrebten Ziel eines höheren Wirtschaftswachstums kann ein Teil dieser Ausfälle kompensiert werden.

Übersicht über die Inkraftsetzung (wichtigste Neuerungen)

Die Auswirkungen dieser Steuergesetzänderungen sind im Aufgaben- und Finanzplan 2007–2010 des Kantons berücksichtigt. Trotzdem ist es möglich, im Budget über alle vier Jahre positive Rechnungsabschlüsse zu planen.

	Juristische Personen	Natürliche Personen
ab 2007:	<ul style="list-style-type: none">• Halbierung Kapitalsteuer	<ul style="list-style-type: none">• Entlastung Rentnerinnen/Rentner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen und Erwerbstätige in bescheidenen finanziellen Verhältnissen• Staffelung/Erhöhung Kinderabzug• Entlastung Dividendeneinkünfte
ab 2009 zusätzlich:	<ul style="list-style-type: none">• Senkung Gewinnsteuertarif• Anrechnung Gewinnsteuer an Kapitalsteuer	
ab 2010 zusätzlich:		<ul style="list-style-type: none">• Senkung Einkommenssteuertarif• Senkung Vermögenssteuertarif

Wünschen Sie mehr Informationen

Nähere Informationen zur Änderung des Steuergesetzes finden Sie unter www.ag.ch/abstimmungsvorschau.

Steuergesetz (StG)

Änderung vom 22. August 2006

Der Grosse Rat des Kantons Aargau

beschliesst:

I.

Das Steuergesetz (StG) vom 15. Dezember 1998¹⁾ wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 lit. e und Abs. 2

¹⁾ Der Kanton erhebt folgende Steuern:

e) *Aufgehoben.*

²⁾ Die Gemeinden erheben die im siebten Teil dieses Gesetzes genannten Steuern sowie ihre Anteile an den Steuern der juristischen Personen, den Grundstückgewinn-, den Erbschafts- und Schenkungssteuern.

§ 2 Abs. 1

¹⁾ Als einfache (100%ige) Kantonssteuer gelten die im ersten und im zweiten Teil dieses Gesetzes festgelegten Einkommens- und Vermögenssteuern sowie die im dritten Teil festgelegten Gewinn- und Kapitalsteuern.

SAR 651.100

¹⁾ AGS 1999 S. 245; 2001 S. 52; 2004 S. 187; 2005 S. 230

§ 8 Abs. 3

³ Sie haften solidarisch für alle Steuerforderungen an den Nachlass bis zur Höhe ihrer Erbteile, mit Einschluss der in den letzten 5 Jahren vor dem Erbgang bezogenen Vorempfänge. Zu den Erbteilen oder Vorempfängen des überlebenden Ehepartners gehören auch die Beiträge, die er auf Grund ehelichen Güterrechts vom Vorschlag oder Gesamtgut mehr erhält, als seinem gesetzlichen Anteil nach schweizerischem Recht entspricht. Die überlebenden eingetragenen Partnerinnen oder Partner haften mit ihrem Erbteil und dem Betrag, den sie auf Grund einer vermögensrechtlichen Regelung im Sinne von Art. 25 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG) vom 18. Juni 2004¹⁾ erhalten haben.

§ 14 Abs. 1 lit. c und d, Abs. 2 lit. a

¹ Von der Steuerpflicht sind ferner befreit:

- c) juristische Personen, die öffentliche oder gemeinnützige Zwecke verfolgen, für den Gewinn und das Kapital, die ausschliesslich und unwiderruflich diesen Zwecken gewidmet sind. Die Tätigkeit der politischen Parteien, die im Kanton oder in den aargauischen Gemeinden tätig sind und deren Ziele und innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entsprechen, gilt als öffentlicher Zweck. Unternehmerische Zwecke sind grundsätzlich nicht gemeinnützig. Der Erwerb und die Verwaltung von wesentlichen Kapitalbeteiligungen an Unternehmen gelten als gemeinnützig, wenn das Interesse an der Unternehmenserhaltung dem gemeinnützigen Zweck untergeordnet ist und keine geschäftsleitenden Tätigkeiten ausgeübt werden;
- d) *Aufgehoben.*

² Die in Absatz 1 lit. a–e genannten juristischen Personen mit besonderen Zwecken entrichten jedoch

- a) *Aufgehoben.*

§ 17 Abs. 1 lit. c (neu) und Abs. 2 lit. d

¹ Natürliche Personen ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt im Kanton sind auf Grund wirtschaftlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig, wenn sie

- c) im Kanton gelegene Grundstücke vermitteln oder damit handeln.

² Natürliche Personen ohne steuerrechtlichen Wohnsitz oder Aufenthalt in der Schweiz sind auf Grund wirtschaftlicher Zugehörigkeit steuerpflichtig, wenn sie

- d) *Aufgehoben.*

¹⁾ SR 211.231

§ 18 Marginalie, Abs. 3

³ Die Steuerauscheidung für Geschäftsbetriebe, Betriebsstätten und Grundstücke erfolgt im Verhältnis zu andern Kantonen und zum Ausland nach den Grundsätzen des Bundesrechts über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung. Vorbehalten bleiben die in Doppelbesteuerungsabkommen enthaltenen Regelungen sowie Absatz 4 und § 18a Abs. 2. Bei Begründung, Veränderung oder Aufhebung der wirtschaftlichen Zugehörigkeit während der Steuerperiode wird der Wert der Vermögensobjekte im Verhältnis zur Dauer der Zugehörigkeit im betreffenden Kalenderjahr vermindert.

3. Umfang der Steuerpflicht; Steuerauscheidung
a) Grundsätze

§ 18a (neu)

¹ Einkünfte, mit denen nach den Grundsätzen des Bundesrechts über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung Verluste aus ausserkantonalen Geschäftsbetrieben oder Grundstücken verrechnet wurden, werden im Verfahren nach den §§ 206 ff. nachträglich besteuert, soweit in den 7 nachfolgenden Steuerperioden im Kanton des Geschäftsortes oder im Belegenheitskanton steuerbare Einkünfte anfallen.

b) Verluste

² Ein schweizerisches Unternehmen kann Verluste aus einer ausländischen Betriebsstätte mit inländischen Gewinnen verrechnen, soweit diese Verluste im Betriebsstättenstaat nicht bereits berücksichtigt wurden. Verzeichnet diese Betriebsstätte innert der folgenden 7 Geschäftsjahre Gewinne, so ist im Ausmass der im Betriebsstättenstaat verrechneten Gewinne eine Besteuerung nach den §§ 206 ff. vorzunehmen; die Verluste aus dieser Betriebsstätte werden in diesem Fall in der Schweiz nachträglich nur satzbestimmend berücksichtigt. In allen übrigen Fällen sind Auslandsverluste ausschliesslich satzbestimmend zu berücksichtigen.

§ 21 Marginalie, Abs. 1 und 1^{bis} (neu)

¹ Einkommen und Vermögen von Verheirateten, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben, werden ohne Rücksicht auf den Güterstand zusammengerechnet. Gleiches gilt für Personen, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter eingetragener Partnerschaft leben.

II. Verheiratete, eingetragene Partnerinnen oder Partner und Kinder unter elterlicher Sorge

^{1bis} Die Stellung eingetragener Partnerinnen oder Partner entspricht in diesem Gesetz derjenigen von Verheirateten. Dies gilt auch bezüglich der Unterhaltsbeiträge während des Bestehens der eingetragenen Partnerschaft sowie der Unterhaltsbeiträge und der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung bei Getrenntleben und Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft.

§ 27 Abs. 4

⁴ Die Gewinne auf land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken werden den Einkünften aus selbstständiger Erwerbstätigkeit nur bis zur Höhe der Anlagekosten zugerechnet. Für die Abgrenzung gegenüber der Grundstückgewinnsteuer gilt § 106.

§ 28

¹ Stille Reserven einer Personenunternehmung (Einzelfirma, Personengesellschaft) werden bei Umstrukturierungen, insbesondere bei Fusion, Spaltung oder Umwandlung, nicht besteuert, soweit die Steuerpflicht in der Schweiz fortbesteht und die bisher für die Einkommenssteuer massgeblichen Werte übernommen werden. Dies gilt

- a) bei der Übertragung von Vermögenswerten auf eine andere Personenunternehmung;
- b) bei der Übertragung eines Betriebs oder eines Teilbetriebs auf eine juristische Person;
- c) beim Austausch von Beteiligungs- oder Mitgliedschaftsrechten anlässlich von Umstrukturierungen im Sinne von § 71 Abs. 1 oder von fusionsähnlichen Zusammenschlüssen.

² Bei einer Umstrukturierung nach Absatz 1 lit. b werden die übertragenen stillen Reserven im Verfahren nach den §§ 206 ff. nachträglich besteuert, soweit während den der Umstrukturierung nachfolgenden 5 Jahren Beteiligungs- oder Mitgliedschaftsrechte zu einem über dem übertragenen steuerlichen Eigenkapital liegenden Preis veräussert werden. Die juristische Person kann in diesem Fall entsprechende, als Gewinn versteuerte stille Reserven geltend machen.

³ *Aufgehoben.*

⁴ Das übernehmende Unternehmen haftet solidarisch für die Erfüllung der bisherigen Steuerpflicht des Personenunternehmens.

§ 29a (neu)

¹ Als Ertrag aus beweglichem Vermögen im Sinne von § 29 Abs. 1 lit. c gilt auch: 4a. Besondere Fälle

- a) der Erlös aus dem Verkauf einer Beteiligung von mindestens 20 % am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft aus dem Privatvermögen in das Geschäftsvermögen einer anderen natürlichen oder einer juristischen Person, soweit innert 5 Jahren nach dem Verkauf, unter Mitwirkung der Verkäuferin oder des Verkäufers, nicht betriebsnotwendige Substanz ausgeschüttet wird, die im Zeitpunkt des Verkaufs bereits vorhanden und handelsrechtlich ausschüttungsfähig war; dies gilt sinngemäss auch, wenn innert 5 Jahren mehrere Beteiligte eine solche Beteiligung gemeinsam verkaufen oder Beteiligungen von insgesamt mindestens 20 % verkauft werden; ausgeschüttete Substanz wird bei der Verkäuferin oder beim Verkäufer gegebenenfalls im Verfahren nach den §§ 206–209 nachträglich besteuert;
- b) der Erlös aus der Übertragung einer Beteiligung von mindestens 5 % am Grund- oder Stammkapital einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft aus dem Privatvermögen in das Geschäftsvermögen einer Personenunternehmung oder einer juristischen Person, an welcher die Veräusserin beziehungsweise der Veräusserer oder die Einbringerin beziehungsweise der Einbringer nach der Übertragung zu mindestens 50 % am Kapital beteiligt ist, soweit die gesamthaft erhaltene Gegenleistung den Nennwert der übertragenen Beteiligung übersteigt; dies gilt sinngemäss auch, wenn mehrere Beteiligte die Übertragung gemeinsam vornehmen.

² Mitwirkung im Sinne von Absatz 1 lit. a liegt vor, wenn die Verkäuferin oder der Verkäufer weiss oder wissen muss, dass der Gesellschaft zwecks Finanzierung des Kaufpreises Mittel entnommen und nicht wieder zugeführt werden.

§ 35 Abs. 1 lit. d

¹ Als Berufskosten werden abgezogen

- d) die notwendigen Mehrkosten für die Drittbetreuung von Kindern, die im gleichen Haushalt leben;

§ 36 Abs. 2 lit. e

² Dazu gehören insbesondere

- e) die notwendigen Mehrkosten für die Drittbetreuung von Kindern, die im gleichen Haushalt leben. Diese Kosten sind separat auszuweisen und dürfen der Geschäftsbuchhaltung nicht belastet werden. Der Regierungsrat legt die maximal zulässigen Abzüge fest;

§ 40 lit. i, i^{bis} (neu), k und l

Von den Einkünften werden abgezogen:

- i) die Krankheits- und Unfallkosten der steuerpflichtigen Person und der von ihr unterhaltenen Personen, soweit die steuerpflichtige Person diese Kosten selber trägt und diese 5 % der um die Aufwendungen nach den §§ 35–40 verminderten steuerbaren Einkünfte übersteigen;
- i^{bis}) die behinderungsbedingten Kosten der steuerpflichtigen Person oder der von ihr unterhaltenen Personen mit Behinderungen im Sinne des Bundesgesetzes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) vom 13. Dezember 2002¹⁾, soweit die steuerpflichtige Person diese Kosten selber trägt;
- k) die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten an Bund, Kantone, Gemeinden und ihre Anstalten, an die aargauischen Landeskirchen und an andere juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf öffentliche oder gemeinnützige Zwecke gemäss § 14 Abs. 1 lit. c von der Steuerpflicht befreit sind, wenn die Zuwendungen in der Steuerperiode Fr. 100.– erreichen. Der Abzug darf insgesamt 20 % der um die Aufwendungen nach den §§ 35–40 verminderten steuerbaren Einkünfte nicht übersteigen. Bei Zuwendungen an die steuerbefreiten politischen Parteien ist der Abzug auf Fr. 3'000.– pro Steuererklärung beschränkt;
- l) *Aufgehoben.*

§ 42 Abs. 1 lit. a und c, Abs. 1^{bis} (neu)

¹⁾ Vom Reineinkommen werden für die Steuerberechnung abgezogen:

- a) als Kinderabzug
 - für jedes Kind unter elterlicher Sorge bis zum vollendeten 14. Altersjahr Fr. 6'400.–
 - für jedes Kind unter elterlicher Sorge bis zum vollendeten 18. Altersjahr Fr. 8'000.–
 - sowie für jedes volljährige Kind in Ausbildung, für dessen Unterhalt die Steuerpflichtigen zur Hauptsache aufkommen Fr. 9'500.–
- Wer für das gleiche Kind bereits einen Abzug nach § 40 lit. c vornehmen kann, hat keinen Anspruch auf den Kinderabzug;

¹⁾ SR 151.3

- c) als Invalidenabzug maximal Fr. 3'000.–
für jede Person, die mindestens eine halbe
IV-Rente oder eine Hilflosenentschädigung
der AHV oder IV bezieht. Soweit behinderungs-
bedingte Kosten gemäss § 40 lit. i^{bis}
berücksichtigt werden, entfällt der Abzug;

^{1bis} Zusätzlich werden von dem um die Sozialabzüge gemäss Absatz 1
verminderten Reineinkommen abgezogen:

bis zum so ermittelten Einkommen von Fr. 14'999.–	Fr. 12'000.–
zwischen Fr. 15'000.– und Fr. 19'999.–	Fr. 7'500.–
zwischen Fr. 20'000.– und Fr. 24'999.–	Fr. 3'000.–
zwischen Fr. 25'000.– und Fr. 29'999.–	Fr. 2'000.–
zwischen Fr. 30'000.– und Fr. 34'999.–	Fr. 1'000.–

§ 43 Abs. 1, 2 und 3

¹ Die Einkommenssteuer beträgt:

0 %	für die ersten	Fr.	4'000.–
1 %	für die weiteren	Fr.	3'500.–
2 %	für die weiteren	Fr.	3'500.–
3 %	für die weiteren	Fr.	4'000.–
4 %	für die weiteren	Fr.	4'000.–
5 %	für die weiteren	Fr.	4'000.–
6 %	für die weiteren	Fr.	4'000.–
7 %	für die weiteren	Fr.	7'000.–
8 %	für die weiteren	Fr.	9'000.–
8,75 %	für die weiteren	Fr.	11'000.–
9,25 %	für die weiteren	Fr.	13'000.–
9,75 %	für die weiteren	Fr.	33'000.–
10,25 %	für die weiteren	Fr.	60'000.–
10,75 %	für die weiteren	Fr.	160'000.–
11,25 %	für Einkommensteile über	Fr.	320'000.–

² Für Verheiratete, die in rechtlich und tatsächlich ungetrennter Ehe leben,
sowie für verwitwete, getrennt lebende, geschiedene und ledige Steuer-
pflichtige, die mit Kindern zusammenleben, für die ein Kinderabzug nach
§ 42 Abs. 1 lit. a gewährt wird, ist der Steuersatz des halben steuerbaren
Einkommens anzuwenden.

³ Nach diesen Steuersätzen ergeben sich die im Anhang aufgeführten
Steuerbeträge (Tarife A und B); Restbeträge des Einkommens unter
Fr. 100.– fallen ausser Betracht. Die Grenzsteuerbelastung bei den Stufen-
wechseln gemäss § 42 Abs. 1^{bis} beträgt nie mehr als 100 %.

§ 44a (neu)

a^{bis}) Besteuerung der wieder-eingebrachten Abschreibungen des Geschäftsvermögens

¹ Bei Kapitalgewinnen aus Geschäftsvermögen, die anlässlich der alters- oder gesundheitsbedingten Aufgabe eines Unternehmens oder Geschäftsbetriebes oder nach Ablauf eines Steueraufschubes erzielt werden, wird die Differenz zwischen den Anlagekosten und dem steuerlich massgebenden Buchwert für die Satzbestimmung zu einem Achtel angerechnet.

² Absatz 1 gilt auch für den überlebenden Ehegatten, die anderen Erben und die Vermächtnisnehmer, sofern sie das übernommene Unternehmen nicht mindestens fünf Kalenderjahre nach Ablauf des Todesjahres des Erblassers fortführen.

§ 45 Abs. 1 lit. f und Abs. 2

¹ Der getrennt vom übrigen Einkommen berechneten Jahressteuer zu 40 % des Tarifs unterliegen:

f) Kapitalgewinne, die anlässlich der alters- oder gesundheitsbedingten Aufgabe eines Unternehmens oder Geschäftsbetriebes oder nach Ablauf eines Steueraufschubes bei der Veräusserung oder Überführung ins Privatvermögen von Grundstücken des Geschäftsvermögens erzielt werden, soweit der Erlös die Anlagekosten übersteigt und soweit er nicht der Grundstückgewinnsteuer unterliegt.

² Die allgemeinen Abzüge und die Sozialabzüge werden nicht berücksichtigt. Sämtliche im gleichen Jahr ausgerichteten Kapitalzahlungen an allein stehende oder gemeinsam steuerpflichtige Personen nach Absatz 1 lit. a, b und d sowie nach Absatz 4 sind zusammen zu versteuern.

§ 45a (neu)

c) Einkommen aus Beteiligung an Kapitalgesellschaften und Genossenschaften

Das Einkommen aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und Genossenschaften mit Sitz und tatsächlicher Verwaltung in der Schweiz wird zu 40 % des Satzes des gesamten steuerbaren Einkommens besteuert, wenn die steuerpflichtige Person mit mindestens 10 % am Aktien-, Grund- oder Stammkapital beteiligt ist.

§ 54 Abs. 3

³ Zur Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung wird der Steuerwert von Aktien und Anteilscheinen inländischer Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, die weder an der Börse kotiert sind noch einem organisierten ausserbörslichen Handel unterliegen, um 50 % herabgesetzt.

§ 55 Abs. 1

¹ Die Vermögenssteuer beträgt:

1,3 ‰	für die ersten	Fr. 100'000.–
1,5 ‰	für die weiteren	Fr. 100'000.–
1,6 ‰	für die weiteren	Fr. 100'000.–
1,7 ‰	für die weiteren	Fr. 100'000.–
1,8 ‰	für die weiteren	Fr. 100'000.–
1,9 ‰	für die weiteren	Fr. 100'000.–
2,0 ‰	für die weiteren	Fr. 200'000.–
2,1 ‰	für die weiteren	Fr. 200'000.–
2,2 ‰	für die weiteren	Fr. 200'000.–
2,3 ‰	für Vermögensteile über	Fr. 1'200'000.–

§ 57 Abs. 4 (neu)

⁴ Mit den im Rahmen der Änderung des Steuergesetzes vom 22. August 2006 beschlossenen Einkommens- und Vermögenssteuertarifen gemäss §§ 43 Abs. 1 und 55 Abs. 1, welche erstmals für die Steuerperiode 2010 Anwendung finden, sind ungeachtet der Absätze 1 bis 3 die Folgen der kalten Progression bis zum 31. Dezember 2008 ausgeglichen. Für die nächstfolgende Anpassung gilt Absatz 3.

§ 64 Marginalie, Abs. 3

³ Die Abgrenzung der Steuerpflicht für Geschäftsbetriebe, Betriebsstätten und Grundstücke erfolgt im Verhältnis zu andern Kantonen und zum Ausland nach den Grundsätzen des Bundesrechts über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung. Vorbehalten bleiben die in Doppelbesteuerungsabkommen enthaltenen Regelungen sowie Absatz 4 und § 64a Abs. 2.

3. Umfang der Steuerpflicht; Steueraus-scheidung
a) Grundsätze

§ 64a (neu)

¹ Gewinne, mit denen nach den Grundsätzen des Bundesrechts über das Verbot der interkantonalen Doppelbesteuerung Verluste aus ausserkantonalen Geschäftsbetrieben oder Grundstücken verrechnet wurden, werden nachträglich besteuert, soweit in den 7 nachfolgenden Steuerperioden im Kanton des Geschäftsortes oder im Belegenheitskanton steuerbare Gewinne anfallen.

b) Verluste

² Ein schweizerisches Unternehmen kann Verluste aus einer ausländischen Betriebsstätte mit inländischen Gewinnen verrechnen, soweit diese Verluste im Betriebsstättenstaat nicht bereits berücksichtigt wurden. Verzeichnet diese Betriebsstätte innert der folgenden 7 Geschäftsjahre Gewinne, erfolgt in diesen Geschäftsjahren im Ausmass der im Betriebsstättenstaat verrechneten Verlustvorträge eine Besteuerung. In allen übrigen Fällen sind Auslandsverluste ausschliesslich satzbestimmend zu berücksichtigen.

§ 66 Abs. 4 (neu)

⁴ Bei Umstrukturierungen beginnt die Steuerpflicht mit dem vereinbarten Übernahmestichtag.

§ 68 Abs. 4 (neu)

⁴ Leistungen, die gemischtwirtschaftliche, im öffentlichen Interesse tätige Unternehmen überwiegend an nahestehende Personen erbringen, sind zum jeweiligen Marktpreis, zu den jeweiligen Gestehungskosten zuzüglich eines angemessenen Aufschlages oder zum jeweiligen Endverkaufspreis abzüglich einer angemessenen Gewinnmarge zu bewerten; das Ergebnis eines jeden Unternehmens ist entsprechend zu berichtigen.

§ 69 Abs. 1 lit. c und d

¹ Zum geschäftsmässig begründeten Aufwand gehören auch

- c) die freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten bis zu 20 % des steuerbaren Reingewinns an Bund, Kantone, Gemeinden und deren Anstalten, an die aargauischen Landeskirchen und an andere juristische Personen mit Sitz in der Schweiz, die im Hinblick auf öffentliche oder gemeinnützige Zwecke gemäss § 14 Abs. 1 lit. c von der Steuerpflicht befreit sind. Bei Zuwendungen an die steuerbefreiten politischen Parteien ist der Abzug auf Fr. 3'000.– beschränkt;
- d) *Aufgehoben.*

§ 71 Abs. 1–4, 5 (neu)

¹ Stille Reserven einer juristischen Person werden bei Umstrukturierungen, insbesondere im Fall der Fusion, Spaltung oder Umwandlung, nicht besteuert, soweit die Steuerpflicht in der Schweiz fortbesteht und die bisher für die Gewinnsteuer massgeblichen Werte übernommen werden. Dies gilt

- a) bei der Umwandlung in eine Personenunternehmung oder in eine andere juristische Person;
- b) bei der Auf- oder Abspaltung einer juristischen Person, sofern ein oder mehrere Betriebe oder Teilbetriebe übertragen werden und soweit die nach der Spaltung bestehenden juristischen Personen einen Betrieb oder Teilbetrieb weiterführen;

- c) beim Austausch von Beteiligungs- oder Mitgliedschaftsrechten anlässlich von Umstrukturierungen oder von fusionsähnlichen Zusammenschlüssen;
- d) bei der Übertragung von Betrieben oder Teilbetrieben sowie von Gegenständen des betrieblichen Anlagevermögens auf eine inländische Tochtergesellschaft. Als Tochtergesellschaft gilt eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, an der die übertragende Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft zu mindestens 20 % am Grund- oder Stammkapital beteiligt ist.

² Bei einer Übertragung auf eine Tochtergesellschaft nach Absatz 1 lit. d werden die übertragenen stillen Reserven im Verfahren nach den §§ 206 ff. nachträglich besteuert, soweit während den der Umstrukturierung nachfolgenden 5 Jahren die übertragenen Vermögenswerte oder Beteiligungs- oder Mitgliedschaftsrechte an der Tochtergesellschaft veräußert werden; die Tochtergesellschaft kann in diesem Fall entsprechende als Gewinn versteuerte stille Reserven geltend machen.

³ Zwischen inländischen Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, die nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse durch Stimmenmehrheit oder auf andere Weise unter einheitlicher Leitung einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft zusammengefasst sind, können direkt oder indirekt gehaltene Beteiligungen von mindestens 20 % am Grund- oder Stammkapital einer anderen Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, Betriebe oder Teilbetriebe sowie Gegenstände des betrieblichen Anlagevermögens zu den bisher für die Gewinnsteuer massgeblichen Werten übertragen werden. Vorbehalten bleiben

- a) die Übertragung auf eine Tochtergesellschaft nach Absatz 1 lit. d;
- b) die Übertragung auf eine Gesellschaft, die nach § 68 Abs. 3, § 78 oder § 79 besteuert wird.

⁴ Werden im Fall einer Übertragung nach Absatz 3 während der nachfolgenden 5 Jahre die übertragenen Vermögenswerte veräußert oder wird während dieser Zeit die einheitliche Leitung aufgegeben, werden die übertragenen stillen Reserven im Verfahren nach den §§ 206 ff. nachträglich besteuert. Die begünstigte juristische Person kann in diesem Fall entsprechende als Gewinn versteuerte stille Reserven geltend machen. Die im Zeitpunkt der Sperrfristverletzung unter einheitlicher Leitung zusammengefassten inländischen Kapitalgesellschaften und Genossenschaften haften für die Nachsteuer solidarisch.

⁵ Über stille Reserven, die im Rahmen einer Umstrukturierung gemäss Absatz 1 oder einer Vermögensübertragung gemäss Absatz 3 in eine Holdinggesellschaft, in eine Verwaltungsgesellschaft oder in eine internationale Konzernkoordinationszentrale gelangen, wird steuerlich abgerechnet. Gleiches gilt beim Übergang zur Besteuerung nach § 68 Abs. 3, § 78 oder § 79. Ausgenommen sind stille Reserven auf Liegenschaften und auf Beteiligungen, für die eine Ermässigung auf der Gewinnsteuer nach § 77 möglich gewesen wäre. Die stillen Reserven auf Liegenschaften unterliegen der Besteuerung nach § 78 Abs. 2 oder § 79 Abs. 1 lit. b.

§ 72 Abs. 1^{bis} (neu)

^{1bis} Beim Ersatz von Beteiligungen können die stillen Reserven auf eine neue Beteiligung übertragen werden, wenn die veräusserte Beteiligung mindestens 20 % des Grund- oder Stammkapitals der anderen Gesellschaft ausmacht und als solche während mindestens eines Jahres im Besitz der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft war.

§ 75

¹ Kapitalgesellschaften und Genossenschaften entrichten als einfache Steuer vom Reingewinn:

- a) 6 % auf den ersten Fr. 150'000.– des steuerbaren Reingewinns;
- b) 9 % auf dem übrigen Reingewinn.

² *Aufgehoben.*

§ 77 Abs. 2 lit. b

² Kapitalgewinne werden bei der Berechnung der Ermässigung nach § 76 nur berücksichtigt

- b) sofern die veräusserte Beteiligung mindestens 20 % des Grund- oder Stammkapitals der andern Gesellschaft ausmacht und als solche während wenigstens eines Jahres im Besitz der Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft war.

§ 80 Abs. 1 lit. b und Abs. 2

¹ Holding- und Verwaltungsgesellschaften entrichten zudem die Gewinnsteuer zum ordentlichen Tarif (Gesamtsatz, mindestens zum Satz nach § 75 Abs. 1 lit. a) auf

- b) *Aufgehoben.*

² *Aufgehoben.*

§ 86 Abs. 1 und Abs. 4 (neu)

¹ Die Kapitalsteuer beträgt 1,25 % des steuerbaren Eigenkapitals.

⁴ Die Gewinnsteuer wird an die Kapitalsteuer angerechnet.

§ 89

Aufgehoben.

§ 97 Abs. 1 lit. e und f (neu)

¹ Die Besteuerung wird aufgeschoben bei

e) *Aufgehoben.*

f) Umstrukturierungen gemäss § 28 Abs. 1 sowie § 71 Abs. 1 und 3.

§ 98 Abs. 1

¹ Die Grundstückgewinnsteuer wird auf Begehren der steuerpflichtigen Person aufgeschoben bei Veräusserung einer dauernd und ausschliesslich selbst genutzten Wohnliegenschaft (Einfamilienhaus, Eigentumswohnung oder Beteiligung mit Sondernutzungsrecht), soweit der dabei erzielte Erlös innert 2 Jahren vor oder 3 Jahren nach der Veräusserung zum Erwerb oder zum Bau einer gleich genutzten Ersatzliegenschaft in der Schweiz verwendet wird.

§ 105 Abs. 1

¹ Ist das Grundstück im Zeitpunkt der Veräusserung überbaut und besass es die steuerpflichtige Person länger als 10 vollendete Jahre, werden die Anlagekosten pauschaliert. Die Pauschale wird in Prozenten des Veräusserungserlöses bemessen:

Besitzdauer (begonnene Jahre)	Pauschale in Prozenten des Veräusserungserlöses
11	80
12	79
13	78
14	77
15	76
16	75
17	74
18	73
19	72
20	71
21	70
22	69
23	68
24	67
25	66
ab 25 vollendeten Jahren	65

§ 110a (neu)

3. Anrechnung Grundstücksgewinnsteuern, die bei der wirtschaftlichen Veräusserung von Grundstücken gemäss § 96 Abs. 2 lit. a erhoben wurden, werden auf die Gewinnsteuern, die innert der folgenden 10 Jahre bei der zivilrechtlichen Veräusserung dieser Grundstücke anfallen, angerechnet.

§ 112 Abs. 1

I. Geltungs-
bereich ¹ Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne fremdenpolizeiliche Niederlassungsbewilligung, jedoch mit steuerrechtlichem Wohnsitz oder Aufenthalt im Kanton, werden für Einkünfte im Sinne von § 113 an der Quelle besteuert. Davon ausgenommen sind Einkünfte, die der Besteuerung nach § 119a unterstehen.

§ 119a (neu)

IV. Vereinfachtes
Abrechnungs-
verfahren ¹ Für kleine Arbeitsentgelte aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit ist die Steuer ohne Berücksichtigung der übrigen Einkünfte, allfälliger Berufskosten und Sozialabzüge zu einem Satz von 4,5 % an der Quelle zu erheben, wenn die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber die Steuer im Rahmen des vereinfachten Abrechnungsverfahrens nach den Artikeln 2 und 3 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit, BGSA) vom 17. Juni 2005 ¹⁾ entrichtet.

² Der Steuerabzug tritt an die Stelle der im ordentlichen Verfahren zu veranlagenden Kantons- und Gemeindesteuern; er erhöht sich um den entsprechenden Ansatz für die direkte Bundessteuer. Die im vereinfachten Abrechnungsverfahren besteuerten Einkünfte werden im ordentlichen Veranlagungsverfahren für die Satzbestimmung nicht berücksichtigt.

³ Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er bestimmt insbesondere das Abrechnungsverfahren, die Minimalbeträge für den Quellensteuerabzug, die Verteilung der abgelieferten Steuern zwischen Kanton, Gemeinden und Kirchgemeinden sowie das Vorgehen bei interkantonalen Verhältnissen.

§ 128a (neu)

1a. Pflichten im
vereinfachten
Abrechnungsver-
fahren; AHV-
Ausgleichskasse ¹ Die AHV-Ausgleichskasse stellt der steuerpflichtigen Person eine Aufstellung oder eine Bestätigung über den von der Arbeitgeberin oder vom Arbeitgeber vorgenommenen Quellensteuerabzug aus. Sie rechnet die abgelieferten Quellensteuern jährlich mit dem Kantonalen Steueramt ab und überweist den Quellensteuerbetrag im Laufe des folgenden Jahres an das Kantonale Steueramt.

² Die AHV-Ausgleichskasse erhält eine Bezugsprovision gemäss § 137.

¹⁾ SR xxx (BBl 2005 4193)

§ 133 Abs. 2

² Zuständig für die ergänzende ordentliche Veranlagung nach § 118 sowie für die nachträgliche ordentliche Veranlagung nach § 119 ist die Veranlagungsbehörde der Gemeinde.

§ 142 Abs. 3

³ Steuerfrei sind Vermögensanfälle unter Verheirateten und an Nachkommen, Stiefkinder sowie Pflegekinder, sofern das Pflegeverhältnis während mindestens 2 Jahren bestanden hat. Eingetragene Partnerinnen und Partner sind Verheirateten gleichgestellt.

§ 152

Die Einwohnergemeinden erheben zur Deckung der Ausgaben, die nicht aus andern Einnahmen bestritten werden können, als Gemeindesteuern jährlich die Einkommens- und Vermögenssteuern von den natürlichen Personen sowie die Gewinnsteuer von juristischen Personen mit besonderen Zwecken (§ 14 Abs. 2 und 3).

§ 161 Abs. 1

¹ Die Steuerbehörden unterstehen hinsichtlich ihrer Amtsführung der Aufsicht des Departements Finanzen und Ressourcen.

§ 164 Abs. 2^{bis} (neu)

^{2bis} Einwohnergemeinden, die ein gemeinsames Steueramt führen, können eine gemeinsame Steuerkommission bestellen. Die gemeinsame Steuerkommission umfasst 5 Personen und besteht aus einer kantonalen Steuerkommissarin oder einem kantonalen Steuerkommissär, der Vorsteherin oder dem Vorsteher des gemeinsamen Steueramtes sowie 3 gewählten Mitgliedern aus den angeschlossenen Einwohnergemeinden. Für jede gemeinsame Steuerkommission wird zudem ein Ersatzmitglied gewählt. Für die Wahl der gemeinsamen Steuerkommission bilden die angeschlossenen Gemeinden einen Wahlkreis.

§ 165 Abs. 3

³ Der Gemeinderat bestimmt die Vertretung der Gemeinde.

§ 169 Abs. 1 lit. b

¹ Wer beim Vollzug dieses Gesetzes in einer Sache zu entscheiden oder an einer Verfügung oder Entscheidung in massgeblicher Stellung mitzuwirken hat, ist verpflichtet, in den Ausstand zu treten, wenn sie oder er

- b) mit einer Partei durch Ehe oder eingetragene Partnerschaft verbunden ist, mit ihr eine faktische Lebensgemeinschaft führt oder mit einer Partei in gerader Linie oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder verschwägert ist;

§ 170 Abs. 2

² Eine Auskunft einschliesslich Gewährung der Akteneinsicht ist zulässig, wenn hiefür eine gesetzliche Grundlage im Bundesrecht oder im aargauischen Recht gegeben ist. Fehlt eine solche Grundlage, ist eine Auskunft nur zulässig, soweit sie im öffentlichen Interesse geboten ist. Über entsprechende Begehren entscheidet das Departement Finanzen und Ressourcen.

§ 171 Abs. 2

² Das Departement Finanzen und Ressourcen ist befugt, den Gerichten und den Verwaltungsbehörden des Kantons und der Gemeinden Akteneinsicht zu gewähren oder die Steuerbehörden ihnen gegenüber zur Erteilung von Auskünften zu ermächtigen, soweit ein öffentliches Interesse besteht. Die gleiche Bewilligung kann für Meldungen an Verwaltungs- und Gerichtsbehörden anderer Kantone erteilt werden, sofern diese Gegenrecht halten und sichergestellt ist, dass das Amtsgeheimnis gewahrt bleibt. Die für die Auskünfte notwendigen Daten können durch ein elektronisches Abrufverfahren zugänglich gemacht werden.

§ 193 Abs. 2 und 3

² Fehlt ein Antrag, ist unter Androhung des Nichteintretens bei Unterlassung eine angemessene Frist zur Verbesserung anzusetzen.

³ Eine Veranlagung nach pflichtgemäßem Ermessen kann die steuerpflichtige Person nur wegen offensichtlicher Unrichtigkeit anfechten. Die Einsprache ist zu begründen und muss allfällige Beweismittel nennen.

§ 206 Abs. 2

Aufgehoben.

§ 207 Abs. 1

¹ Das Recht, ein Nachsteuerverfahren einzuleiten, erlischt 10 Jahre nach Ablauf der Steuerperiode, für die eine Veranlagung zu Unrecht unterblieben oder eine rechtskräftige Veranlagung unvollständig ist.

§ 223 Abs. 1

¹ Die periodisch geschuldeten Einkommens- und Vermögenssteuern sind bis zum 31. Oktober des Steuerjahres zu bezahlen.

§ 231 Abs. 3, 4 und 5

³ Gegen den Entscheid der Bezugsbehörde kann die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller, bei Entscheiden des Gemeinderates oder der von ihm bezeichneten Amtsstelle auch das Kantonale Steueramt, innert 30 Tagen nach Eröffnung Rekurs beim Steuerrekursgericht erheben. Die Rüge der Unangemessenheit ist ausgeschlossen.

⁴ Die Präsidentin oder der Präsident des Steuerrekursgerichts entscheidet als Einzelrichterin oder als Einzelrichter endgültig. Im Übrigen gelten die Bestimmungen über das Rekursverfahren bei Veranlagungen für die Kantonssteuer sinngemäss.

⁵ *Aufgehoben.*

§ 243 Abs. 2 und 3 (neu)

² Mit Einreichung einer Selbstanzeige gilt das Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung als eingeleitet.

³ Das Strafverfahren wegen Verletzung von Verfahrenspflichten kann direkt durch Erlass eines Strafbefehls eingeleitet werden.

§ 249 Abs. 2

² Die Präsidentin oder der Präsident des Steuerrekursgerichts entscheidet bei Bussen wegen Verletzung von Verfahrenspflichten als Einzelrichterin oder Einzelrichter. Das Gericht würdigt die Beweise frei.

II.

1. Diese Änderung ist nach Annahme durch das Volk in der Gesetzesammlung zu publizieren. Sie tritt mit Ausnahme der nachstehenden Ziffern 2–5 am 1. Januar 2007 in Kraft.
2. Die §§ 75 und 86 Abs. 4 treten am 1. Januar 2009 in Kraft.
3. Die §§ 43 Abs. 1 und 55 Abs. 1 treten am 1. Januar 2010 in Kraft.
4. § 29a tritt auf den gleichen Zeitpunkt wie Art. 7a¹⁾ des Steuerharmonisierungsgesetzes²⁾ in Kraft.
5. Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten der §§ 112 Abs. 1, 119a und 128a nach Massgabe des Inkrafttretens des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA) vom 17. Juni 2005.

Aarau, 22. August 2006

Präsidentin des Grossen Rats
EGGER

Protokollführer
SCHMID

¹⁾ BBI 2005 4733

²⁾ SR 642.14

P.P.

POSTAUFGABE

Retouren an die
Einwohnerkontrolle
der Gemeinde